



Mainz, 24. November 2017

Liebe Infobrief-Abonnenten,

das Ende der Jamaika-Verhandlungen in der Nacht auf Montag bedeutet für uns alle eine Zäsur, es stellen sich viele Fragen. Daher möchte ich Sie gerne informieren über das, was uns aktuell beschäftigt. Das Verhalten der FDP, als sie die Sondierungen abgebrochen hat, sah nach **gut vorbereiteter Spontaneität** aus. Kurzum: Das kann man so machen, wie die **FDP** es tat – einfach aufstehen und gehen – so muss man sich aber nicht verhalten. Nach vier Wochen sehr intensiven, aber auch schwierigen Verhandlungen standen wir kurz vor einer **Einigung, sie war zum Greifen nahe**. Alle Parteien haben dabei beträchtliche Wege zurückgelegt, jeder hat **Zugeständnisse** gemacht – in den erreichten Verhandlungsergebnissen hätten sich alle Parteien wiedergefunden.

Dabei konnten wir viele Punkte durchsetzen, die wir in unserem **Regierungsprogramm** formuliert haben und für die wir einen Regierungsauftrag der Wählerinnen und Wähler erhalten haben. Selbst beim schwierigen Thema Migration und Zuwanderung gab es Bewegung und substantielle Fortschritte: Die Grünen waren zu Kompromissen bereit, auf Basis des von CDU und CSU erstellten Regelwerks zur Migration. Daneben gab es Einigung über ein Einwanderungsgesetz mit einem Punktesystem, für drei Viertel aller Steuerzahler wäre der Solidaritätszuschlag ab 2021 weggefallen, ein großes Familienpaket mit mehr Kindergeld, einem Baukindergeld und Verbesserungen bei der Mütterrente war verabredet, ein Digital- und Forschungspaket sollte auf den Weg gebracht werden, die Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent gesenkt werden. Unsere Priorität für Innere Sicherheit haben auch die anderen Verhandlungspartner anerkannt; konkret hätte das mehr Personal für Polizei und Justiz und stärkere Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Kampf gegen den Terrorismus geheißen. Kurzum, diese – nicht vollständige Liste – gemeinsamer Positionen zeigt: **Ein erfolgreicher Abschluss der Gespräche wäre möglich gewesen**. Anbei finden Sie eine umfassende Zusammenstellung der Punkte, zu denen in den Sondierungsgesprächen Einigung erzielt wurde.

Gerade vor diesem Hintergrund ist der **Abbruch der Sondierungen durch die FDP eine große Enttäuschung**. Ganz klar ist: Niemand kann verlangen, dass ein Partner seinen Markenkern verrät. Es kann aber auch niemand verlangen, dass die FDP, eine 10-Prozent-Partei, die Richtlinien der deutschen Politik bestimmt. Es war die FDP, die im Wahlkampf von "German Mut" gesprochen hat. In dieser Situation hätte sie ihn zeigen können. Im Übrigen sagte der FDP-Landesvorsitzende zur Verhandlungsführung von Frau Merkel noch am vergangenen Samstag im Rheinpfalz-Interview: „Sie verhandelt sehr sachlich und konstruktiv“. Das entspricht den Tatsachen. Insofern wundert seine harte Kritik im Interview im Deutschlandfunk am Montagmorgen.

Nun gilt es, **mit den Tatsachen umzugehen** – und zwar in einer verantwortlichen Art und Weise, wie sie der Union eigen ist. Das heißt für uns, dass wir alles dafür tun werden, dass Deutschland auch diese schwierige Phase besteht. Wir wollen – nicht zuletzt angesichts großer Herausforderungen in Europa und der Welt – unseren Beitrag für die **Verlässlichkeit, Handlungsfähigkeit** und **Stabilität** unseres Landes leisten. Wir Christdemokraten tun alles, um unser Land zusammenzuhalten. Aber auch die SPD kann sich nicht ihrer staatspolitischen Verantwortung entziehen. In der jetzigen Phase kommt dem **Bundespräsidenten** nach den Bestimmungen unseres Grundgesetzes eine wichtige Rolle zu. **Er hat in diesem Sinne an die Verantwortung der Parteien appelliert**.

Wenn Sie mögen, finden sie [hier](#) noch ein Video aus meiner Reihe 60-Sekunden-Video zum Abbruch der Jamaika-Sondierungen.

November-Plenum

Der rheinland-pfälzische Landtag hat diese Woche getagt. Unsere CDU-Fraktion hat **zwei Aktuelle Debatten** eingebracht. Zum einen: „**Abschiebeverfahren wirkungsvoll gestalten – Entscheidungskompetenzen zentralisieren**“ – zum anderen: „**Chaos beim Medizinischen Dienst der Krankenkassen steht exemplarisch für das fortgesetzte Organisationsversagen der Ministerien für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie**“. Von der Notwendigkeit die Organisation Abschiebeverfahren nicht den ohnehin überlasteten Kommunen zu überlassen, sondern beim Land anzusiedeln, habe ich bereits vergangene Woche geschrieben. Ich habe den Infobrief für Interessierte daher angehängt.

Was die zweite Aktuelle Debatte betrifft, so ist das Organisationsversagen der Ministerien für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie ist an vielen Orten spürbar. Seit vielen Monaten gibt es **anhaltende interne Streitigkeiten, Personalquerelen und Gerichtsverfahren beim Medizinischen Dienst der Krankenkassen**. Obwohl die Angelegenheit von der Ministerin zur Chefsache erklärt wurde, ändert sich nur wenig. Die Leid- und Kostentragenden sind die Patienten und Beitragszahler.

Das gilt auch für die verdienstvolle Arbeit der **Werkstätten für Behinderte**, die zur Zeit im Mittelpunkt einer Diskussion stehen, die sie nicht verschuldet haben. Über viel Jahre hat die Landesregierung **hunderte Millionen Euro Steuergelder ausgezahlt, ohne dass die Verwendung der Mittel überprüft wurde**. Das hat der Landesrechnungshof moniert; denn es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Wirtschaftlichkeit der Verwendung staatlicher Mittel durch den Staat überprüft wird. Eine externe Prüfung hat da auch nichts mit Misstrauen, oder der Suche nach Einsparpotentialen zu tun – nein: Es geht darum, die Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungen und die Effektivität der Leistungserbringung sicherzustellen. Das zu Verfügung gestellte Geld soll schließlich den behinderten Menschen bestmöglich zu Gute kommen. Zudem ist es notwendig, Kostenentwicklungen gegenüber dem Landtag transparent zu machen. Das braucht es, um verantwortet in den Haushaltsverhandlungen Mittel bereitzustellen. Wir als CDU-Fraktion unterstützen daher den Vorschlag der Rechnungsprüfungskommission des Landtags, den Landesrechnungshof als trägerferne, neutrale Instanz mit der Prüfung der entsprechenden Sozialhilfeträger zu beauftragen.

Genauso konzeptlos agiert die Landesregierung auch bei der Sicherstellung der **gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum**. Das beginnt bei der strukturellen Unterfinanzierung der Kliniken, und geht bis zur Ablehnung aller Maßnahmen, die dem Ärztemangel auf dem Land entgegenwirken können.

Der ländliche Raum stand auch bei unserem **Antrag zur Zukunft der Mobilität** im Mittelpunkt; denn gerade dort sind wir besonders auf ein funktionierendes und leistungsfähiges Mobilitätsangebot angewiesen. Rund 270 Millionen Fahrgäste nutzen jährlich den Nahverkehr in Rheinland-Pfalz. Mit einem **7-Punkte-Mobilitätsprogramm** wollen wir für alle Menschen eine effiziente und umweltschonende Mobilität sicherstellen. Sie finden das Programm „Plenum aktuell“, das diesem Infobrief als Anlage beigefügt ist.

Digitale Sprechstunde

Ich biete in wenigen Tagen wieder eine **digitale Bürgersprechstunde** an. Wir starten am **Mittwoch, 29. November**, um **17 Uhr** einen Livechat auf meiner Facebook-Seite unter facebook.com/juliakloeckner. Und so geht's: Wer auf facebook.com/juliakloeckner auf „Gefällt mir“ geklickt hat, bekommt den Videochat zur Startzeit auch in seinen Neuigkeiten zu sehen. Sie können mir ganz einfach Fragen stellen und ihre Anmerkungen und Ideen übermitteln, indem sie einen Kommentar zu dem Video schreiben. Ich werde Ihre Fragen live beantworten.

Bürgersprechstunde in Bad Kreuznach

Haben Sie Anliegen oder Fragen, die Sie gerne **mit mir vor Ort** besprechen möchten? Am **Montag, 11. Dezember 2017**, biete ich von **12 bis 13 Uhr** wieder meine regelmäßige **Bürgersprechstunde im Büro in der Freiherr-vom-Stein-Straße 16** an. Wegen der großen Nachfrage bitte ich um vorherige Anmeldung unter der Telefonnummer 06 71 - 92 06 50 92, oder per Mail an: julia.kloeckner.1@cdu.landtag.rlp.de

Termine:

12. Biblisch- Musikalische Weinprobe

Am Samstag, den **25. November**, findet um **18 Uhr** im evangelischen Gemeindezentrum in Kirn die 12. Biblisch-Musikalische Weinprobe zu Gunsten des Fördervereins Lützelsoon e.V. und der Soonwaldstiftung statt. Fünf Winzer werden ihre besten Weine präsentieren, ich werde die dazu passenden Bibelstellen vorstellen. Die Weinprobe steht unter dem Motto „In vino veritas“. Alle weiteren Informationen entnehmen Sie bitte dem Plakat im Anhang des Infobriefs.

Zusatzkonzert DonnaWetter und mannOmann im Kurhaus Bad Kreuznach.

Wegen des großen Zuspruches und Andrangs für das erste gemeinsame Konzert der Chöre DonnaWetter und mannOmann, waren die Karten dafür in kürzester Zeit ausverkauft. So haben sich beide Chöre für ein Zusatzkonzert entschieden. Dadurch haben noch mehr Menschen die Möglichkeit, ein gemeinsames Konzert der beiden Gruppen zu hören. Das Benefizkonzert findet am **22. Dezember 2017 ab 20 Uhr** (Einlass: 19 Uhr) im Kurhaus in Bad Kreuznach statt. Karten gibt es im Büro beim Förderverein Lützelsoon und der Soonwaldstiftung unter 06752/913850, sowie beim Wochenspiegel in Bad Kreuznach. Weitere Information finden Sie auf dem Plakat im Anhang.

Herzliche Grüße und ein gutes Wochenende!

Ihre Julia Klöckner

Wenn Sie diesen Infobrief in Zukunft nicht mehr unaufgefordert erhalten wollen, geben Sie mir bitte einfach per [E-Mail](#) Bescheid. Für den Fall, dass Sie die anhängenden Dateien nicht öffnen können, schicken Sie mir bitte eine kurze Nachricht, und ich werde Ihnen den Text in anderer Form erneut zukommen lassen.

Weitere Informationen, speziell zur Politik der Union in Rheinland-Pfalz, finden Sie auf den Internet-Seiten des Landesverbands der CDU in Rheinland-Pfalz unter www.cdurlp.de. Dort können Sie sich auch für den Newsletter der CDU Rheinland-Pfalz anmelden.

Julia Klöckner, MdL – Freiherr-vom-Stein-Straße 16 – 55543 Bad Kreuznach - Tel: 06 71/92 06 50 92 - www.julia-klöckner.de
